

P R E S S E M I T T E I L U N G



Niedersächsischer Städte- und Gemeindebund

Datum: 12.05.2014

Nr.: 08/2014

Pressesprecher: Thorsten Bullerdiek - Tel. 0511 30285-44, Mobil: 0175-1864242

Städte und Gemeinden besuchen Landesgartenschau

- Kreisvorstandskonferenz des Städte- und Gemeindebundes tagt in Papenburg

„Wir freuen uns sehr darüber, dass uns Herr Bürgermeister Bechtluft eingeladen hat und wir mit der Kreisvorstandskonferenz hier im schönen Papenburg tagen können. Es ist beeindruckend, was hier alles bewegt wurde, um diese wirklich wunderschöne Landesgartenschau durchzuführen“, erklärte der Präsident des Niedersächsischen Städte- und Gemeindebundes, Dr. Marco Trips, heute in Papenburg. „Unsere Stadt freut sich besonders, dass auch die Kolleginnen und Kollegen aus den niedersächsischen Rathäusern vor Ort einen Blick auf die Landesgartenschau werfen“, ergänzte Papenburgs Bürgermeister Jan Peter Bechtluft.

Im Rahmen der Tagung stellte Staatssekretärin Birgit Honé die Zielsetzung der Landesregierung bei der EU-Förderung in der jetzt beginnenden Förderperiode vor. „Wir sehen mit großer Sorge, dass in der aktuell begonnenen Förderperiode die Mittel insgesamt stark zurückgegangen sind. Umso mehr kommt es darauf an, die verbleibenden Fördergelder möglichst wirkungsvoll vor Ort einzusetzen. Daher begrüßen wir es, dass die Landesregierung die Kommunen durch die neuen Landesbeauftragten für regionale Entwicklung unterstützen will und erwarten zugleich, dass die Landesbeauftragten mit den Bezirks- und Kreisverbänden des NSGB künftig alle regional bedeutsamen Fragen in gleichem Maße wie mit den

Landkreisen/der Region Hannover abstimmen“, erläuterte Trips.

„Zudem stellen die aktuell steigenden Zahlen von Asylbewerbern die Städte und Gemeinden vor enorme Herausforderungen“, ergänzte Trips. Das Niedersächsische Innenministerium rechnet allein in diesem Jahr in Niedersachsen mit mehr als 13.200 Asylerstantragstellern. „Es reicht nicht aus, die Menschen einfach unterzubringen und ihnen Wohnraum zu beschaffen. Dies ist schon für sich betrachtet eine schwierige Aufgabe, weil der zur Verfügung stehende Wohnraum äußerst knapp ist. Einige Vermieter sind nicht dazu bereit, an Asylbewerber zu vermieten. Vor diesem Hintergrund sind einige Kommunen dazu gezwungen, Wohncontainer aufzustellen. Die im Niedersächsischen Aufnahmegesetz bzw. in der Verordnung festgelegte Kostenabgeltungspauschale von aktuell 5.932 Euro je Person und Jahr ist bei Weitem nicht auskömmlich. Es ist zu berücksichtigen, dass die Unterkunftskosten in der vergangenen Zeit angestiegen sind und weiter ansteigen werden. Die Städte und Gemeinden müssen leerstehende Wohnungen vorhalten, damit sie im Bedarfsfall Asylbewerber unterbringen können.

Weiterhin sprengen die Kosten für die Krankenhilfe zum Teil sehr deutlich den von der Kostenabgeltungspauschale vorgegebenen Rahmen, und die Kosten für die soziale Betreuung der Flüchtlinge werden gegenwärtig überhaupt nicht in dieser Pauschale berücksichtigt. „Wir fordern daher zunächst eine Überprüfung der Kostenpauschale und eine zügige Anpassung der Sätze. Die Kommunen sind gern bereit zu helfen. Wir sind aber nicht in der Lage, diese Aufgabe allein zu stemmen. Hier sind Bund und Land in der Pflicht“, so Trips.

Der Kreisvorstandskonferenz gehören 2 Vertreter/innen aus jedem Landkreis und der Region Hannover, je 2 Vertreter aus den Bezirken sowie die Mitglieder des Präsidiums des Niedersächsischen Städte- und Gemeindebundes an.